



22.416 Parlamentarische Initiative

Verbot der indirekten Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial

Eingereicht von: Grüne Fraktion
Sprecher/in: Fivaz Fabien
Grüne Fraktion
GRÜNE Schweiz
Einreichungsdatum: 17.03.2022
Eingereicht im: Nationalrat
Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt

Eingereichter Text

Das Kriegsmaterialgesetz (KMG) vom 13. Dezember 1996 wird dahingehend geändert, dass die indirekte Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial (Atomwaffen, biologische und chemische Waffen, Antipersonenminen und Streumunition) komplett verboten wird.

Begründung

Das KMG verbietet die direkte Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial komplett (Atomwaffen, biologische und chemische Waffen, Antipersonenminen und Streumunition). Das Gesetz sieht das Verbot der indirekten Finanzierung jedoch nur dann vor, "wenn das Verbot der direkten Finanzierung umgangen werden soll."

Die Schweizer Finanzinstitute beteiligen sich somit indirekt an der Entwicklung und an der Produktion von verbotenen Waffen. Gemäss der Nichtregierungsorganisation ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) haben sie in den letzten Jahren regelmässig zwischen sechs und acht Milliarden Franken in Unternehmen investiert, die Atomwaffen herstellen oder warten.

Die Abrüstung von verbotenen Waffen erfolgt zwangsläufig über Desinvestitionen.

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Sicherheitspolitische Kommission NR (SiK-NR)
Sicherheitspolitische Kommission SR (SiK-SR)

Zuständige Behörde

Parlament (Parl)

Weitere Informationen

Behandlungskategorie

IV

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat



Links

